

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

9.9.1931 (No. 209)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Bismarck-  
Str. 953  
und 954  
Postfach  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. A. Meub,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstag 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Zeilenbreite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränkter Auflage oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanbeterregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Letzte Nachrichten

#### Die preussischen Sparberatungen vor dem Abschluss

BRN. Berlin, 9. Sept. (Priv.-Tel.) Das preussische Staatsministerium ist heute vormittag zu einer Kabinettsitzung zusammengetreten, in der die Beratungen, die mit der zu erwartenden preussischen Notverordnung zusammenhängen, nach Möglichkeit zum Abschluss gebracht werden sollen. Bekanntlich hat das Kabinett sich hiermit bereits in den letzten Wochen mehrfach beschäftigt, und es ist in einer ganzen Reihe von Fragen auch bereits zu Lösungen gekommen, die geeignet sein dürften, der schwierigen Finanzlage des Landes und der Gemeinden Rechnung zu tragen. Immerhin wurde eine Reihe von schwierigen Problemen zurückgestellt; hierzu gehört z. B. die Frage der Lehrerbesoldung. Es ist auch in den Referentenbesprechungen, die inzwischen stattgefunden haben, nicht gelungen, eine Übereinstimmung in all diesen Dingen herbeizuführen. Deshalb wird das Staatsministerium heute über entscheiden müssen. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß die Veröffentlichung der großen preussischen Notverordnung bereits heute erfolgt. Eher ist anzunehmen, daß Preußen zunächst die Notverordnung der Reichsregierung abwartet und seine Separation inzwischen bereits in den Punkten durchführt, in denen sie ohne gesetzliche Grundlage möglich ist.

#### Internationaler Kongress für Eisenbahngütertarifffragen

BRN. Amsterdam, 9. Sept. (Tel.). In Scheveningen wurde gestern ein internationaler Kongress für Eisenbahngütertarifffragen unter dem Vorsitz des Oberbetriebschefs der Schweizerischen Bundesbahnen, Maiter, eröffnet. An dem Kongress nahmen Vertreter Deutschlands, Dänemarks, Frankreichs, Belgiens, Italiens, der Schweiz, Jugoslawiens, Ungarns, Polens, Österreichs, Hollands und der Tschechoslowakei teil. Die Verhandlungen dienen hauptsächlich dem Zweck, Meinungsverschiedenheiten und Streitfragen, die sich bezüglich der Auslegung des internationalen Reglements ergeben haben, zu klären und nach Möglichkeit aus dem Wege zu räumen.

#### Die Abrüstung vor dem Völkerbund

##### Eine deutsche Note

Als erster Redner bei Eröffnung der politischen Aussprache des Völkerbundes nahm der italienische Außenminister Grandi das Wort. Im Mittelpunkt seiner Ausführungen stand die Abrüstungsfrage, die, wie er sagte, nach Ansicht der italienischen Regierung der Nulldatationspunkt sei, um den sich alle anderen Probleme drehen. Grandi sprach sich sehr bestimmt dafür aus, daß die Abrüstungskonferenz am 2. Februar 1932 ihre Arbeiten beginne, und regte in der Zwischenzeit und bis zum Abschluß dieser Arbeiten eine Art Nützungsfällmaß an.

Von deutscher Seite liegt dem Völkerbund eine Note des Reichsaußenministers Dr. Curtius am Sitz der Völkerbundversammlung vor. Es wird darin unterstrichen, wie gering die Nützungen Deutschlands im Vergleich zu denjenigen anderer Staaten sind, und wie sie sogar erheblich hinter dem zurückbleiben, was selbst der Versailles Vertrag uns erlaubt.

Von den übrigen Mächten haben bisher Amerika, Belgien, Frankreich, England, Holland und neuerdings auch Italien auf die Anfrage des Generalsekretärs geantwortet. Mit Ausnahme von Frankreich haben alle diese Staaten ebenso wie Deutschland ihren Nützungsstand bekanntgegeben. Frankreich hat noch keine sachlichen Mitteilungen gemacht, sondern sich auf eine politische Polemik beschränkt, die darauf hinausläuft, daß eigentlich nur Deutschland abzurüsten habe. Das ist natürlich ein Waden, auf dem die Reichsregierung unter gar keinen Umständen treten kann. In diesem Zusammenhang ist schließlich noch von Interesse, daß die Sowjetunion die Mitteilungen über ihre Nützungen bereits vor der Umfrage des Generalsekretärs geliefert hat, aber unter der Bedingung, daß keine Veröffentlichung erfolge. Darauf hat Polen sich geweigert, seinen Militarismus bekanntzugeben.

#### Die französische Presse zur Abrüstungsrede Grandis

BRN. Paris, 9. Sept. (Tel.). Die gestrige Rede des italienischen Außenministers Grandi in Genf findet in der französischen Presse große Beachtung. Einheitslich wird die Gemeinlichkeit der italienischen These in der Abrüstungsfrage mit der angelsächsischen festgehalten, wie auch der Gegensatz zum französischen Standpunkt.

### Das badische Notgesetz und die Finanzlage Badens

Rede des Finanzministers Dr. Mattes in der Landtagsitzung vom 8. September

Finanzminister Dr. Mattes führte aus:  
Das badische Notgesetz zum Ausgleich des Staatshaushalts ist kurz vor dem Höhepunkt der deutschen Wirtschaftskrisis in diesem Sommer erlassen worden. Das Notgesetz datiert vom 9. Juli, die Banatbank hat ihre Schalter am 18. Juli geschlossen. Schon dieser zeitliche Zusammenhang beweist, daß dieses Notgesetz in einer außerordentlichen Notzeit erlassen worden ist.

Wenn das Notgesetz trotzdem die Öffentlichkeit gänzlich unvorbereitet und überraschend traf, so war dies allein durch die Tatsache verursacht, daß die Krisis sehr viel rascher heranwuchs, als die Menschen sie erkannten und verstanden. Die Notverordnung des Reiches vom 5. Juni 1931 war erst wenige Wochen vorher erlassen. Sie war von einem Aufruf der Reichsregierung begleitet, in dem es hieß:

„Nach dem besten Willen der Reichsregierung soll diese Notverordnung der letzte Schritt zu diesem Ziele sein.“

Dieses Ziel war, den Reichetat für das laufende Jahr ins Gleichgewicht zu bringen, dagegen erwähnte der Aufruf der Reichsregierung die Staatsvoranschläge der Länder nicht, deren Ausgleich und Zukunft die Reichsregierung auch in der 3. Notverordnung vom 5. Juni 1931 der Selbsthilfe der Länder überließ. Die Öffentlichkeit hatte dies nicht beachtet, sondern betrachtete diese Notverordnung für längere Zeit als letzte einschneidende politische Maßnahme und beruhigte sich dabei; sie übersah, daß das Reich nur seine eigenen Finanzen saniertere, und daß der im Juni sehr rasch fortschreitende Kapitalabzug durch das Ausland die Grundlagen der Wirtschaft und damit alle finanzwirtschaftlichen Berechnungen neu und in rasch fortschreitender Weise erschütterte. Erst im Juli d. J. hat das deutsche Volk voll erkannt.

welch ungeheure Gefahren für den Bestand der Wirtschaft und die Unabhängigkeit eines Volkes eine solche kurzfristige Auslandsverschuldung in sich schließt.

Aus diesem Kapitalabzug des Auslandes und der damit verbundenen erneuten Verschärfung der Wirtschaftskrisis sind in erster Linie die großen Gefahren für die Finanzwirtschaft des badischen Landes herausgewachsen, die die Erlassung des Notgesetzes vom 9. Juli erzwangen. Diese Gefahren und die allgemeine Verschlechterung der Wirtschaftslage im Jahre 1931 gegenüber dem Jahre 1930 äußerten sich zunächst und am stärksten

#### bei den Reichsteuerverweigerungen.

Im Jahre 1930 erhielt das Land Baden an Reichsteuerverweigerungen rund 108,5 Millionen Reichsmark. Am 22. Juni d. J. teilte das Reichsfinanzministerium die im Jahre 1931 an Reichsteuern zu erwartenden Beträge mit. Danach sollte das Land Baden im Jahre 1931 91,8 Millionen Reichsmark oder gegenüber dem Vorjahre 16,7 Millionen Reichsmark weniger erhalten. Nachdem schon das Rechnungsjahr 1930 einen Fehlbetrag von 5,5 Millionen Reichsmark ergeben hatte, bedeutete dieser weitere Rückgang der Reichsteuerverweigerungen eine solche starke Erschütterung des badischen Staatshaushalts, daß Notmaßnahmen sofort notwendig wurden. Leider muß schon heute festgestellt werden, daß die Mittelungen des Reiches vom 22. Juni d. J. über die zu erwartenden Steuereingänge viel zu optimistisch sind. Von den Reichsteuerverweigerungen des Jahres 1930 in Höhe von 108,5 Millionen Reichsmark brachten die Monate April bis einschließlich Juni 27 950 000 Reichsmark oder 25,8 Proz. des Jahresaufkommens. Nimmt man an, daß im Jahre 1931 die ersten drei Monate des Rechnungsjahres, also April bis Juni, denselben hundertteiligen Anteil des zu erwartenden Jahresaufkommens bringen sollen, dann hätten die Reichsteuerverweigerungen an Baden für die Monate April bis Juni und 23,7 Millionen Reichsmark betragen müssen; in Wirklichkeit haben wir

im ersten Vierteljahr des laufenden Rechnungsjahres nur 20,6 Millionen oder rund 3/4 Millionen Reichsmark weniger erhalten.

als wir nach den erwähnten Mitteilungen hätten erhalten sollen. Neben die Reichsteuerverweigerungen im laufenden Jahr wie im ersten Vierteljahr, dann haben wir nicht 91,8 Millionen Reichsmark, wie uns das Reich mitgeteilt hat, sondern nur 80 Millionen, also 11,8 Millionen Reichsmark weniger zu erwarten. Der

#### Rückgang der Reichsteuerverweigerungen gegenüber dem Jahre 1930 würde dann etwa 28 Millionen Reichsmark betragen,

von denen das Land etwa 20 Millionen und die Gemeinden etwa 8 Millionen zu tragen hätten. Diese wenigen Zahlen genügen, um zu zeigen, daß die Länderfinanzen heute vollkommen von dem Schicksal der Reichsteuern abhängig sind und daß der starke Rückgang der Reichsteuerverweigerungen ganz überwiegend zu Lasten der Länderfinanzen geht, während die Gemeindefinanzen davon viel weniger berührt werden. Zu dem Rückgang der Reichsteuern kam der Landessteuern und die Unrentabilität der Forstwirtschaft durch den Zusammenbruch der Holzpreise.

Diese Finanzlage zwang die Regierung, allen Möglichkeiten zur Schaffung des Ausgleichs im Staatshaushalt nachzugehen. Dabei zeigte sich sofort, daß ein wesentlicher Teil der in normalen Zeiten gangbaren Wege teils aus rechtlichen, teils aus tatsächlichen Gründen versperrt ist.

Eine Erhöhung der großen Landessteuern ist nicht mehr möglich.

für die Grund- und Gewerbesteuer hat dies die Reichsregierung verboten, die Gebäudesteuer kann aus tatsächlichen Gründen nicht mehr erhöht werden; alle anderen badischen Steuern bringen nur so geringe Beträge, daß sie für die Deckung eines so großen Defizits nicht in Frage kamen. Eine Erhöhung der Fleischsteuer ist aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen nicht durchführbar. Ebenso wenig wie auf die Schaffung neuer Steuern konnte man im Juli auf die Aufnahme neuer Kredite rechnen. Nach dem Privatnotenbankgesetz darf die Badische Bank nur so viel Staatskredit geben, als sie Kapital und offene Reserven hat. Dieses Kreditvolumen war bereits am 1. Juli d. J. erschöpft, neue Kreditgeber standen Anfang Juli schlechthin nicht zur Verfügung. Daraus ergab sich aber zwangsläufig, daß es das Ziel unserer Finanzpolitik sein muß, einen vollkommenen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen. Das Eingehen von neuen Schulden für laufende Bedürfnisse mußte im Juli auch deshalb abgelehnt werden,

weil seit dem 31. März 1931 der Schuldenstand des badischen Landes von 136,37 Millionen Reichsmark auf 142,42 Millionen Reichsmark, also um rund 6 Millionen Reichsmark gestiegen ist.

Ausgaben, die für die Gehaltszahlungen und für die Minderbauten in Freiburg gemacht werden mußten. Es war ganz klar, daß in der Zeit, in der das Deutsche Reich die größte Kreditkrise seit seinem Bestehen erlebte, in dem Plan einer Sanierung unserer Staatsfinanzen Kreditaufnahmen als Mittel ausschließen mußten. Auch ein anderer, der Regierung wiederholt vorgeschlagener Weg, nämlich

#### der Verkauf von Vermögenswerten, war unmöglich.

Obwohl die Vermögenslage des badischen Staates absolut gesund ist und für die dem badischen Staat gegebenen Kredite jede mögliche Sicherheit besteht, muß heute bei der Sanierung der Staatsfinanzen auch der Verkauf von Vermögenswerten in Betracht kommen, denn ein solcher Verkauf würde eine nicht zu verantwortende Verschleuderung von Staatsvermögen bedeuten. Außerdem ist bei diesen Vor schlägen, Staatsvermögen zu verkaufen, vollkommen bekannt worden, daß ein großer Teil des Staatsvermögens teils aus rechtlichen, teils aus sachlichen Gründen überhaupt nicht veräußerlich ist. Der größte Vermögensbesitz des badischen Staates sind

feine Domänen und Wälder mit 228 Millionen Reichsmark Wert.

Diese dürfen aber nach § 35 der badischen Verfassung nur mit Zustimmung des Landtags verkauft werden, ganz abgesehen davon, daß ihr Verkauf aus staatspolitischen Gründen gar nicht in Frage kommt. Die staatlichen Gebäude im Werte von 112 Millionen Reichsmark und die staatlichen Anstalten im Werte von 46 Millionen Reichsmark sind zum größten Teil für die staatlichen Bedürfnisse notwendig und können deshalb gar nicht entbehrt werden. Für den Verkauf kamen nur die wirtschaftlichen Beteiligungen und ausgeliehenen Darlehen des Staates in Höhe von 166,5 Millionen Reichsmark in Frage. Der größte Teil hiervon, nämlich 95 Millionen Reichsmark, sind Wohnungsbaudarlehen, die ein gewisses Risiko in sich schließen, weil sie als letzte Hypothek gegeben sind. Ein Käufer für diese Wohnungsbaudarlehen dürfte deshalb heute überhaupt nicht zu finden sein. Die 18 Millionen Reichsmark Darlehen an wirtschaftliche Unternehmungen sind zum größten Teil langfristige und können nicht gekündigt werden. So sind der einzige Vermögenswert, der tatsächlich verkauft werden könnte, die im Besitz des badischen Staates befindlichen Aktien.

#### Daß der Verkauf von Aktien sowohl im Juli wie heute eine Verschleuderung von Staatsvermögen wäre, braucht nicht weiter bewiesen zu werden.

Wer heute einem Lande rat, durch Verkauf von Vermögenswerten die Sanierung seiner Maßnahmen durchzuführen, der verrät damit nur eines, nämlich eine völlige Unkenntnis über unsere Lage und die finanzwirtschaftlichen Aufgaben unserer Zeit. Mit dem Verkauf von Vermögenswerten kann man einen vorübergehenden einmaligen Fehlbetrag decken, dagegen niemals einen dauernden Mangel ausgleichen. Darüber kann aber doch heute kein Zweifel mehr bestehen,

#### daß der Rückgang unserer Einnahmen eine Dauererscheinung auf viele Jahre hinaus sein wird.

Das Finanzministerium ist nicht der Meinung, daß alle bisherigen wirtschaftlichen Beteiligungen des Staates dauernd in Staatsbesitz bleiben müssen. Aber ein Verkauf kommt nur dann in Frage, wenn er ohne Vermögensverlust durchgeführt werden kann. Kommt ein solcher Verkauf einmal zustande, dann ist der Erlös nicht zur Deckung laufender Bedürfnisse, sondern nach den Grundfahen gesunder Finanzwirtschaft zur Zahlung unserer kurzfristigen Schulden zu verwenden, da, wie die Erfahrung der Gegenwart ja deutlich genug gezeigt hat, kurzfristige Schulden eine dauernde Bedrohung der Ordnung in der Staatswirtschaft bedeuten. — Auch die wenigen sonstigen Vorschläge zur Vermeidung des Notgesetzes sind nicht durchführbar. Zur Vermeidung des Notgesetzes haben sich um die Frage, wie man das Notgesetz hätte vermeiden können, überhaupt nicht gekümmert.

#### Auch die Stellungnahme des badischen Städteverbands und Städtebundes in seiner Eingabe an den Landtag zu dieser Frage ist sehr schwach.

(Fortsetzung in der Beilage.)

## \* Die Politik der badischen Regierung

Im Juni dieses Jahres wurde das badische Kabinett auf der Basis einer neuen Koalition neu gebildet. Diese Koalition umfaßt Zentrum, Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei. Staatspräsident und zugleich Justizminister wurde Dr. Wittenmann, Minister des Innern der Sozialdemokrat Emil Maier, Kultus- und Unterrichtsminister Dr. Schmitt, und Finanzminister Dr. Mattes von der Deutschen Volkspartei. Die neue Regierung trat bereits kurz, nachdem sie ihr Amt übernommen hatte, mit einem tiefgreifenden Notgesetz, dem dann noch zwei weitere folgten, vor die Öffentlichkeit.

Das Notgesetz vom 9. Juli erweckte bei den von den Sparmaßnahmen Betroffenen, d. h. in erster Linie bei den Beamten und den Gemeinden, mehr als lebhaften Widerspruch. Die Regierung konnte demgegenüber mit gutem Gewissen und allem Nachdruck darauf hinweisen, daß sie pflichtvergeben gehandelt hätte, wenn sie die Dinge hätte laufen lassen. Die Beamtenerschaft gewann mit der Zeit auch ihrerseits die Überzeugung, daß die Sparmaßnahmen der Regierung, so hart sie auch sein mochten, von einer drückenden Notlage diktiert waren. Und die Städte und Gemeinden wurden durch die letzte Notverordnung des Reichspräsidenten „Zur Sicherung der Haushalte“ darüber belehrt, daß die Sparpolitik Badens durchaus den Intentionen der Reichsregierung entsprach. Reichsfinanzminister Brüning hat in seiner Stuttgarter Rede mit anerkennenden Worten unserm Lande und seiner Regierung den ernstesten und festen Willen bescheinigt, aus eigener Kraft die Finanzen in Ordnung zu halten.

Noch eine andere Tatsache bewies diesen ernstesten Willen, nämlich die Einsetzung einer Sparkommission zur Ausarbeitung eines besonderen Spargutachtens. Die badische Regierung und der Badische Landtag waren so vernünftig, nicht auf das Erscheinen eines Reichsparlamentarier zu warten. Sie gingen selbst an die Arbeit. Und man darf, wie das auch in der Regierungserklärung geschieht, der Sparkommission bestätigen, daß sie eine sehr fleißige und sehr dankenswerte Arbeit geleistet hat. Selbstverständlich ist der Bericht dieser Kommission nur ein Gutachten. Gerne werden Regierung und Landtag so manche Anregung weiterverfolgen. Ja, die Regierung hat es schon zum Teil getan. In anderen Punkten wieder wird man dem Rate des Spargutachtens nicht oder zunächst nicht folgen können. Womit jedoch noch lange nicht gesagt ist, daß nun dieserhalb weniger eingepart werden wird.

Die badische Regierung geht allenthalben von der Erkenntnis aus, daß man gar nicht sparsam genug verfahren kann. Und so ruft denn auch das Kabinett in der Regierungserklärung dem Landtag zu: „Möge die ernste und notwendige Situation gewachsenen Landtag finden, der über Richtungsfragen und Sonderwünsche hinweg nur das Allgemeinwohl im Auge hat und überall an Stellen und Personal, durch Einstufungen, Vorrichtungsposten und ferner an sachlichen Ausgaben rückhaltlos spart und kürzt.“

Eine solche Politik wird um so notwendiger sein, als bereits jetzt feststeht, daß das Notgesetz vom 9. Juli nicht ausgerichtet hat, um Einnahmen und Ausgaben in das richtige Verhältnis zu bringen. Alle Wahrscheinlichkeit

spricht dafür, daß die Einnahmen des Landes an Reichs- und Landessteuern um 8 bis 10 Millionen Reichsmark hinter den rechnungsmäßigen Grundlagen des Notgesetzes zurückbleiben werden. Und was sonst an Einnahmeausfällen noch zu erwarten ist, wird ebenfalls nicht unbedeutend sein. Mit einer finanziellen Hilfe durch das Reich ist solange nicht zu rechnen, als das Land die Möglichkeit, sich selbst zu helfen, nicht restlos erschöpft hat. Um die Zahlungsfähigkeit des Landes aufrecht zu erhalten, wird nichts anderes übrig bleiben, als durch noch weitere, einschneidende Sparmaßnahmen in den Ausgaben das Gleichgewicht im Staatshaushalt für den Rest des Rechnungsjahres 1931 herzustellen. Also entschiedenste Fortführung der Sparpolitik!

Die Regierungserklärung, die wir gestern an dieser Stelle im Wortlaut abdruckten, und deren Lektüre wir nachdrücklich empfehlen können, gibt im einzelnen sehr dankenswerte Aufschlüsse über die Situation unseres Landes. Immer wieder handelt es sich dabei um das finanzielle. Und so steht eigentlich jeder Satz der Regierungserklärung im engsten Zusammenhang mit der eben besprochenen Sparpolitik. Von besonderer Bedeutung ist die Erklärung, daß sich die Regierung wegen der Gewährung von Reichsmitteln für die Universität Heidelberg an die Reichsregierung wenden werde, da unsere Universitäten vorzugsweise von Nichtbadenern besucht werden, und da der durch die neue Grenzziehung verursachte Rückgang der badischen Einnahmen vom ganzen Volke, nicht bloß von Baden, zu vertreten ist. Das Reich wird also darum ersucht werden, in irgend einer Form die Universität Heidelberg zu betreuen. Das Land Baden kann dann der Universität Freiburg und der Technischen Hochschule Karlsruhe eine um so größere Fürsorge zuwenden.

Was nun die Tätigkeit des Landtags anlangt, so betont das Kabinett in seiner Erklärung, daß man unmöglich das ganze Spargutachten im einzelnen durchberaten könne; dazu würden Monate erforderlich sein. Deshalb könne es sich nur darum handeln, daß das Parlament grundsätzlich zu den wichtigsten Fragen Stellung nimmt und im übrigen der Regierung das Vertrauen schenkt, daß sie nach bestem Wissen und Gewissen handeln werde.

Von besonderer politischen Bedeutung ist die Erklärung der Regierung, daß sie eine staatliche Subventionspolitik zugunsten privatwirtschaftlicher Betriebe ablehne. Erfreulicherweise haben indessen Vorstellungen bei der Reichsbahn, daß trotz der besonders schwierigen Lage Badens unsere Industrie und unser Handwerk von ihr nicht genügend berücksichtigt werde, in letzter Zeit zu einigen Erfolgen geführt. Bekanntlich ist das ein schlimmes Kapitel! Wie immer wieder durch genaue statistische Berechnungen festgestellt werden mußte, wandert ein verhältnismäßig viel zu großer Teil der Reichsausgaben nach Preußen, nach dem Norden. Und der Süden hat das Nachsehen.

Im ersten Teil der Regierungserklärung stellt sich das badische Kabinett hinter die Außenpolitik der Reichsregierung. Es begrüßt besonders das Bestreben, durch persönliche Fühlungnahme mit den Staatsmännern anderer Länder gegenseitiges Vertrauen, aber auch Verständnis für die besondere Lage Deutschlands zu erwecken.

Die Regierungserklärung ist außerordentlich ernst gehalten. Sie verschweigt dem Landtag und der badischen Bevölkerung nichts. Sie macht sich nirgends der Schön-

färberei schuldig. Aber sie huldigt auch nicht einer Stimmung der Verzweiflung. Sie geht vielmehr von der Erkenntnis aus, daß keine Schwierigkeit unüberwindbar ist, wo ein fester und tatkräftiger Wille am Werke ist und sie meistert. Man darf gewiß der Hoffnung Ausdruck geben, daß der Landtag die Haltung der Regierung würdigen und das Kabinett in seiner schweren und verantwortungsvollen Arbeit unterstützen wird.

## Sieg der englischen Regierung

Zu Beginn der Unterhausdebatte wurde eine königliche Resolution verlesen, in der es heißt: Nach Auffassung der Minister Sr. Majestät macht es die gegenwärtige Lage der Finanzen des Landes notwendig, zusätzliche Steuern zu erheben und Abstriche an den Ausgaben vorzunehmen. Sr. Majestät unterbreitet die Frage seinem treuen Unterhause zur Prüfung und hofft, daß dieses die entsprechenden Maßnahmen beschließen werde. Darauf hielt Macdonald eine Rede, worin er betonte, daß niemals während des ganzen Verlaufs der von Snowden und ihm mit Zustimmung und Kenntnis der Regierung geführten Verhandlungen die Vanten sich in politische Vorschläge eingemischt hätten. Sie hätten sich lediglich darauf beschränkt, der Regierung sachverständigen Rat zu erteilen. Als der Premierminister sich für Sparmaßnahmen in allen Volksschichten einsetzte, wurde er mit der Frage unterbrochen, wie es mit ihm selbst stünde. Seine Antwort darauf lautete: Ich werde eine Reduzierung von 1000 Pfund zu tragen haben.

Nachdem der Premierminister geendet hatte, erhob sich sofort der Führer der Opposition, Henderson, und führte u. a. aus: Zwei Sparmaßnahmen könne die Opposition nicht billigen: Eine Einmischung in die Wirksamkeit der sozialen Dienste und eine Herabsetzung des Lebensstandards durch Beschränkung der Arbeitslosenbezüge. Zum allgemeinen Erstaunen sprachen nach Henderson nicht etwa Baldwin oder Samuel, sondern es erhob sich Churchill, der gleich zu Anfang seiner Rede mit seinem bekannten Humor in die durch die aggressive Rede Hendersons geschaffene gereizte Atmosphäre des Hauses eine leichtere Note trug. Churchills Rede war dadurch bemerkenswert, daß sie nachdrücklich für baldige Neuwahlen eintrat. Später sprachen dann noch Baldwin und das Mitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei, Rawson, dessen Rede außerordentlich scharf gehalten war, und der Führer der Neuen Partei, Mosley, der die von der Regierung geplanten Maßnahmen für ungenügend hielt.

Die Abstimmung im Unterhaus ergab dann 309 Stimmen für den Regierungsentwurf und 250 dagegen. Das Unterhaus hat dadurch mit einer Mehrheit von 59 Stimmen der Regierung das Vertrauen bezeugt.

## Sozialdemokratie für Verständigung mit Frankreich

In der Sitzung der Reichstagsfraktion der SPD wurde u. a. eine Außenpolitik verlangt, in deren Mittelpunkt die deutsch-französische Verständigung auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete stehen müsse. Ferner werden in der Entschiedenheit weiter u. a. ein Amt für Bankpolitik, Druck auf die Kartellpreise, Senkung der Produktionskosten für die bäuerliche Veredelungswirtschaft, Verbilligung der wichtigsten Nahrungsmittel, Seereschiffahrt zur Durchführung der 40-Stunden-Woche, Herabsetzung der hohen Pensionen und Gehälter in öffentlichen und privaten Verwaltungen, sowie rückwärtsloser Kampf gegen den Faschismus und seiner Helfershelfer gefordert.

Thüringen hebt das Wirtschaftsministerium auf. Wie zuverlässig verlautet, wird das thüringische Wirtschaftsministerium auf Grund der dem Lande erteilten Notverordnungsgebühren in absehbarer Zeit ausgebaut werden.

Zeitungsverbot. Der Oberpräsident der Provinz Sachsen hat die in Magdeburg erscheinende nationalsozialistische Wochenschrift „Der Deutsche Vorwärts“ wegen Verächtlichmachung des Polizeipräsidenten auf einen Monat verboten.

## Kunst in Karlsruhe

Im Badischen Kunstverein in Karlsruhe wird zur Zeit eine Ausstellung der Bilder und Graphiken des 1929 in Berlin verstorbenen Malers Ernst Oppler gezeigt. Die Ausstellung ist deshalb so besonders interessant, weil sie uns den typischen Werdegang eines der talentierten Maler der letzten Jahrzehnte vor Augen führt. Oppler begann mit der üblichen allmeisterlichen Technik, mit der Aneignung der „braunen Galerie“, von der man damals noch nicht wußte, daß sie nur eine Alterspatina der Bilder früherer Jahrhunderte war, von der man vielmehr glaubte, daß sie wirklich so von den alten Meistern verwandt worden sei. Schöpfungen aus dieser seiner ersten Epoche stellen Ernst Oppler das Zeugnis eines begabten Zeichners aus, der über einen mondänen Schwung der Linie verfügt. Der Maler landete dann bald bei dem für seine Zeit charakteristischen Impressionismus. Und ihm ist er auch — von einigen Experimenten abgesehen — treu geblieben. Über den guten Durchschnitt des in Deutschland Geborenen ist er dabei niemals hinausgekommen. Besondere Publikumsfolge hatte er, weil er eine bestechende illustrative Begabung besaß, und weil er es verstand, seinen Porträts einen Anstrich von vornehmer Repräsentation zu verleihen. Sowie er es versuchte, nur schillernder Realist zu sein (vor allem in manigfachen Genreszenen), erwies sich seine maltechnische Begabung als zu engbrüstig, sie artete dann nur zu leicht in ein chaotisches Durcheinander der Farben aus. Recht effektiv sind seine in kleinerem Format gehaltenen Tücherbilder. Die berühmte Pawlowa hat er in ihrer Rolle des sterbenden Schwans mehrfach gemalt. Recht hübsch, recht illustrativ! Mehr aber auch nicht. Sein Bestes hat Oppler auf dem Gebiet der Graphik geleistet. Und eine Fülle graphischer Arbeiten von seiner Hand, die in der Ausstellung zu sehen sind, bezeugt das. Hier konnte sich sein zeichnerisches Talent am unmittelbarsten entfalten.

In den anderen Räumen des Kunstvereins sind Bilder der Karlsruher Malerin Martha Kropf und einiger Bühler-Schüler zu sehen. Fräulein Kropf ist eine charaktervolle Künstlerin, die heute noch genau dasselbe Antlitz zeigt, wie vor 20 Jahren. Sie ist dem Reiz modischer Richtungen nicht erlegen. Und das ist immerhin ein Vorzug. Besonders gelungen scheint mir unter ihren Ölgemälden der „Baldweg“ zu sein. — Von den Schülern Professor Bühlers seien Hermann Tiefert und Hans Schöpfkin erwähnt. Sie beherrschen die Technik ihres Handwerks mit einer bemerkenswerten Sicherheit, einer Sicherheit, die nur durch eisernen Fleiß erworben werden kann. Aber im Ausdruck hatten ihren Schöpfungen etwas Starres, etwas Lebloses an. — Schließlich möchten wir noch Fritz Seiberlich, Karlsruhe, nennen, der mit recht guten Holz-schnitten und Radierungen vertreten ist.

E. Amend.

## Rückblick und Ausblick auf die Opernspielerei des Badischen Landes theaters

Die heute beginnende Saison wird auch hier im Zeichen des schwersten finanziellen Drucks eintreten, der jemals auf dem deutschen Operntheater lastete. Überall sieht man mit einem gewissen Schüttelfrost der Angst diesem Theaterwinter entgegen, denn das Übergewicht der Zeit hemmt jede Unternehmungslust und der unumgängliche Schumpungsprozess erzwingt erneut rigorose Abbaumassnahmen und unbestimmt bleibt trotz allen weitestgehenden Opfern, welche eine Samierungskrise zweifellos fordert, ob diese überhaupt noch gelingen kann. Dringend ist allerdings bei dem bevorstehenden Kun auf die Position des deutschen Kulturtheaters den verantwortlichen Leitern zu raten, rechtzeitig und nach jeder Richtung hin die notwendigen Schritte genau vorauszufuturieren; und nichts wäre falscher, als sich jetzt in einem plötzlichen Verzweiflungsrusch in die Loge des Märtyrers zu hüllen und statt kluger Vorbeugungsmaßnahmen die Dinge einfach der Katastrophe zu überlassen.

Soweit scheint es denn doch nicht zu sein, wenn schon die Hoffnung, das totalitäre und billige Privileg der menschlichen Kreatur, diesmal äußerst gering ist und gleich in dem nahen anomalen Herbst weitere unerwartete Ereignisse, welche die Situation wieder vollkommen ändern, eintreten können. Viel steht also auf dem Spiel, das muß die Berliner Genossenschaftsleitung der Künstler, die einen den veränderten Verhältnissen einigermaßen angepaßten Tarifvertrag unter Dach und Fach zu bringen sich bemüht, ebenso gut einsehen, wie es auch der neue Leiter des Bühnenvereins, Dr. Veers, der mit ihr verhandelt, sicherlich weiß. Darüber muß sich aber auch das Badische Landes theater im Klaren sein, und es darf sich nicht nur die Frage vorlegen, wie es etwa bei der voraussichtlichen Verminderung der Einnahmen eine Konsolidierung seines Kunsttats, der bekanntlich ohnehin eine schroffe Verkürzung erfahren hat, erreicht, sondern seine zwingendste Aufgabe ist, namentlich in erster Linie seine künstlerische Existenznotwendigkeit überhaupt nachzuweisen.

Bei einem Überblick auf das in der letztjährigen Opernspielerei Gelernte, kann das nämlich nicht ohne weiteres gesagt werden, obwohl an Hand der Statistik 40 verschiedene Opernwerke herauszubringen immerhin ein ansehnliches Jahresprogramm darstellen mag. Aber es fehlte an einer kräftig anregenden Initiative sowohl bei der Aufnahme neuerer Opern in den Spielplan, wie bei der wirksamen Neugestaltung von älterer Literatur. Da diese nun einmal das Rückgrat des Repertoires bildet, muß eine ganz besonders sorgfältige Vor-

bereitung unbedingt verlangt werden im sachlichen Aufbau ebenso wie in einer eigenständig überzeugenden Regieführung, vor allem jedoch beim musikalischen und solistischen Teil. Das war leider nicht jedesmal der Fall, und wenn man dann statt der erwarteten Verstärkung des Publikumsbesuches eher über Publikumschwund zu klagen hatte, so sollte das der Leitungs für die Zukunft eine Warnung sein. Denn man weiß gottlob, daß wir zur Zeit in Karlsruhe kein lüdenhaftes Ensemble besäßen, und man schäpft die einzelnen Kräfte viel zu hoch ein, um ihnen Minderleistungen zu verzeihen. Auch kann der Augenstehende zuweilen kaum einsehen, warum einige Solisten zeitweilig ganz übermäßig beansprucht werden, während andere für längere Perioden oft vollständig schlagemüde scheinen. Zweifellos sind da mitunter Fehler der Organisation unterlaufen, welche die Opernleitung zunächst selbst zu beseitigen oder abzulösen zu vermeiden hat, wofür es ihr ernsthafter Wille ist, alle zur Verfügung stehenden Kräfte zu bester Geltung und Entfaltung zu bringen, aber nicht bloß einige wenige stimmgegebene Favoriten zu fördern. Daraus resultieren zudem Schwächen des Opernbetriebs, die wir uns heute nicht mehr erlauben dürfen, weil sie letzten Endes auch die Tragkraft schädigen und zu einer Repertoirsteuerung führen, die für Wochen, ja für Monate recht eintönig zu nennen ist.

Aber die Anziehungskraft des Theaters und somit speziell der Oper, hängt eben doch von möglicher Abwechslung ab, und deshalb sind wir auch betriebs der Auswahl neuerer Werke der Meinung, Karlsruhe dürfe hier nicht hinter manchem kleineren Stadttheater zurückbleiben. Wir erlebten im letzten Jahr überhaupt keine Uraufführung, und was als Erstauflührung kam, war entweder spät eintreffend oder nicht lange vorhaltend. Wenn ich davon z. B. Krenels „Leben des Orest“, das es trotzdem zu 5 Aufführungen brachte, noch einmal besonders erwähne, so geschieht es, weil in diesem Fall die Theaterleitung es überdies merkwürdigerweise an lehrhafter Propaganda fehlen ließ; man hatte nachgerade den Eindruck, sie schäme sich fast der dafür eingesetzten Arbeit. Kein Wunder, daß ich mehrfach sonst kunstinteressierte Leute beobachtet konnte, die über das Gebotene um so erstaunter waren und anderen den Besuch anrieten, nachdem es freilich vergebens war. Denn inzwischen war die Mobilität längst abgestiftet. So geht es natürlich nicht weiter mit Neuerungen am Opernmarkt, sondern man muß im Gegenteil fordern, daß das Theater, wenn es schon ein modernes Werk annimmt, auch dafür mutig eintritt und nicht feinerleits indirekt den Abglauben stützt, es sei eben mit „Reinern“ in Karlsruhe kein Geschäft zu machen. Ja, der lebhaftere Wind, den man im Zuge der Opernfolge arg vermisst, wird sich nur mittelst energischer Förderung dessen einstellen, was die Gegenwart hervorbringt. Allerdings gehört auch nicht zu leugnenden,

# Amthlicher Teil

## Die Entwicklung des Arbeitsmarktes

im Bezirk des Landesarbeitsamts Süddeutschland  
in der Zeit vom 16. bis 31. August 1931

Der südwestdeutsche Arbeitsmarkt zeigte in der Berichtszeit zwar eine weiter rückläufige Bewegung; diese hielt sich aber in ziemlich engen Grenzen. Die Zahl der am Monatsende verfügbaren Arbeitsuchenden erhöhte sich nämlich nur um 4597 oder 2,1 Prozent — von 215 289 auf 219 886 — d. h. nur etwa in dem gleichen Ausmaß wie im letzten Jahr; dabei ist allerdings zu beachten, daß die Zahl der Arbeitsuchenden Ende August 1930 erst 150 000 betrug. Die Belastung der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung war durch eine Zunahme von 4694 Personen stärker als in der ersten Augusthälfte. Die Belastung der Krisenunterstützung war bei einer Zunahme von 1884 Personen relativ nicht so stark. Der Stand der unterstützten Arbeitslosen war nach der Statistik der Arbeitsämter am 31. August folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung  
71 630 Personen (57 394 Männer, 14 236 Frauen),  
in der Krisenunterstützung  
48 250 Personen (41 977 Männer, 6273 Frauen).

Die Gesamtzahl der Unterstützten liegt am 6578 Personen (vom 16. bis 31. August 1930 um 3951) oder um 5,8 v. H. von 113 302 Personen (94 109 Männer, 19 193 Frauen) auf 119 880 Personen (99 371 Männer, 20 509 Frauen), davon kamen auf Württemberg 49 582, gegen 46 544, und auf Baden 70 298, gegen 66 758 am 15. August 1931. Am 31. August 1930 waren 92 561 Unterstützte vorhanden; im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Süddeutschland kamen am 31. August 1931 auf 1000 Einwohner 23,8 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung, gegen 18,4 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Aber die Entwicklung in den einzelnen Berufsgruppen ist folgendes zu berichten:

Durch die schlechte Witterung war in der Landwirtschaft die Nachfrage nach Hilfskräften für die Ernte sehr gering, zum Teil wurden sogar Entlassungen vorgenommen. Bei der Gopferernte konnte eine Anzahl Hilfskräfte vorübergehend Arbeit finden. Für die Safranernte liegen bis jetzt nur vereinzelte Anforderungen vor. Der Bedarf an Dauerpersonal hielt sich in sehr engen Grenzen. In der Gärtnerei und Forstwirtschaft wurden in einigen Bezirken in geringem Umfang Arbeitskräfte freigelegt.

Die Lage der Industrie der Steine und Erden hat sich durch das Darniederliegen des Baugewerbes weiter verschlechtert. Die Beschäftigungsmöglichkeiten, die sich in einigen wenigen Steinbruchbetrieben aus Schotterlieferungen für die Reichsbahn ergaben, vermochten einen Ausgleich dafür nicht zu schaffen. Es wird vielmehr nach den vorliegenden zahlreichen Stilllegungsangelegenheiten für die nächste Zeit mit sehr starken Zugängen in dieser Berufsgruppe zu rechnen sein.

Die Zunahme der Arbeitsuchenden in der metallverarbeitenden und Maschinenindustrie ist zahlenmäßig zwar geringer als in der ersten Augusthälfte. Dennoch hat sich die Arbeitsmarktlage weder in der Fabrik- noch in den handwerklichen Betrieben gebessert. Die Kurzarbeit ist noch immer nicht zurückgegangen, Anzeigen über bevorstehende völlige oder teilweise Betriebsstilllegungen, durch die über 1500 Arbeiter betroffen werden, liegen aus der Maschinen-, Apparatebau-, Feinmechanischen- und Fahrzeugindustrie vor. In der Maschinenindustrie ist die Lage uneinheitlich, ein Teil der Betriebe stellt heute ein, ein anderer nahm Entlassungen vor. Der Beschäftigungsstand der Gummi- und Schmutzwarenindustrie hat sich verschlechtert, der der Porzellanindustrie dagegen leicht gebessert. In der chemischen Industrie hat eine Zündholz- und Nudelfabrik im Heidelberger Bezirk ihren Betrieb mit 90 Arbeitern geschlossen. Eine Gelatinefabrik, die rund 100 Leute beschäftigt, hat die bevorstehende Stilllegung angekündigt. Im übrigen ist die Lage in diesem Industriezweig unverändert.

In der Textilindustrie war teilweise der Beschäftigungsstand betriebend, z. B. in der Baumwoll- und Kammergarnspinnerei und in der Kunstseidenfabrikation. In der württembergischen Textilindustrie wurden die fürsorglich angelegten Stilllegungen nicht durchgeführt, sondern nur Einzelentlassungen vorgenommen; einige Betriebe gingen auch zur Kurzarbeit über. In der Strichwarenindustrie und in der Weberei sind Anzeichen eines Abgleitens des Beschäftigungsstandes festzustellen.

Die Papierindustrie ist im allgemeinen noch befriedigend beschäftigt. Eine Papierfabrik konnte sogar von der vergrößerten zur vollen Arbeitszeit übergehen. Die Kartonagenindustrie dagegen hat teilweise ihre Beschäftigten vermindert oder Kurzarbeit eingeführt. Im Ravensburger Bezirk ist eine Cellulosefabrik stillgelegt worden, wodurch 150 Arbeitnehmer arbeitslos wurden.

Die Leder- und Kofferindustrie entließ eine Anzahl Arbeitskräfte. Eine Lederfabrik im Weimheimer Bezirk, die 150 Leute beschäftigt, ging zur Kurzarbeit über. In der Linoleumindustrie haben die Deutschen Linoleumwerke A.-G., die Arbeitszeit auf fünf Tage herabgesetzt. In der Gummiindustrie sind Entlassungen vorgenommen und weitere angekündigt worden.

Die schlechte Lage des Baumarktes hat sich auch auf das Holz- und Schnitzstoffgewerbe ausgewirkt. Die Bauhölzerei liegt fast ganz darnieder. Auch der Beschäftigungsstand der Möbelfabrikation, die durch die Ankäufe eine gewisse Belebung erfahren hatte, beginnt abzubördeln. Sehr ungünstig ist die Arbeitsmarktlage der Sägewerksindustrie der Büchsenindustrie, bei der in erweitertem Umfang Kurzarbeit durchgeführt wurde, und der Zigarrenfabrikation, die durch die Lage der Zigarrenindustrie in Mitleidenschaft gezogen ist. Die Saison in der Spantornfabrikation geht ihrem Ende entgegen, so daß hier in nächster Zeit umfangreiche Kündigungen zu erwarten sind. Infolge der guten Obsternte waren jüngere Käufer gesucht, die Nachfrage konnte gleich befriedigt werden.

Mit einem um über 700 Personen höheren Stand an Arbeitsuchenden gegenüber Mitte August gehört das Nahrungs-

und Genussmittelgewerbe zu den Berufsgruppen, die den stärksten Zugang haben. Die Abkühlung in der Zigarren- und Stumpfenfabrikation, infolge deren in der Berichtszeit über 600 meist weibliche Arbeitnehmer entlassen worden sind, dürfte hierzu vor allem beigetragen haben. Die Betriebe der Tabakindustrie gehen in verstärktem Ausmaß zur Kurzarbeit über; so werden zur Zeit im Heidelberger Bezirk allein 2500 Kurzarbeiter aus der Tabak- und Zigarrenindustrie gezählt. Auch von der Zigarrenindustrie wurden Arbeitskräfte freigelegt. Die Saison in der Konfektindustrie geht ihrem Ende entgegen, vereinzelte Entlassungen deuten darauf hin.

Im Bekleidungsgebiete liegt der Beschäftigungsstand der Konfektionsindustrie nach. Die Lage der handwerklichen Betriebe ist zum größten Teil ungünstig. Die Schuhindustrie bietet kein einheitliches Bild; während auf der einen Seite der größte Betrieb, der 5000 Arbeiter beschäftigt, für den größten Teil seiner Belegschaft zur Vollarbeit überging und einige weitere Betriebe sogar Kundrufe vornahmen, wurden auf der anderen Seite von einigen Schuhfabriken Entlassungen gemeldet.

Das Friseurgewerbe sucht vereinzelte jüngere, tüchtige Kräfte. In der Hauptsache blieb die Vermittlung aber auf Auswärtige beschränkt.

Im Baugewerbe hat sich die Lage weiter verschärft, wenn auch nicht mehr in demselben Umfang wie in der ersten Augusthälfte. Die noch in Arbeit stehenden Bau- und Hilfsarbeiter sind fast ausschließlich bei Hoch- und Tiefbauten der öffentlichen Hand beschäftigt. Die private Bauwirtschaft ist nahezu ganz zum Erliegen gekommen.

Die ungünstige gedrückte Lage des Dienstleistungsgewerbes läßt noch keine Aussicht auf Besserung erkennen. Die ungünstige Witterung hat sich im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, vor allem auf das Vermittlungsergebnis in den Städten sehr ungünstig ausgewirkt, da hier die sonst zahlreichen Einstellungen bei Gartengroßhändlern, Strandbädern usw. in Fortfall kamen. Dagegen kann die Saison und der Beschäftigungsstand in den Kurorten des badischen und württembergischen Schwarzwaldes noch als gut bezeichnet werden. In Baden-Baden brachte die große Rennwoche eine starke Belebung. Weniger günstig war im allgemeinen die Lage der Kurorte im Oberrheingebiet. Die verhältnismäßig hohe Zahl der Arbeitsuchenden erklärt sich daraus, daß die noch in Sommerferienstellen befindlichen Arbeitnehmer bereits ihre Bewerbungen für die Winterferienstellen eingereicht haben.

Im Verkehrsgebiete konnte wieder eine sehr große Anzahl Vermittlungen zu den zusätzlichen Arbeiten der Deutschen Reichsbahngesellschaft getätigt werden, die zum größten Teil aber Angehörigen anderer Berufsgruppen zugut kamen. Die übrigen Zweige dieser Berufsgruppe zeigen keine Aufnahmefähigkeit, nur zum Umschlagverkehr im Rheiner Hafen konnten einige Leute vermittelt werden.

Die Berufsgruppe „Hausliche Dienste“ überstieg das Angebot bei weitem die Nachfrage. Auch gute Kräfte sind infolge der vielfach vorgenommenen Einschränkungen an Hauspersonal nur schwer unterzubringen. Der Zutritt von nicht perfekten Kräften, vor allem solchen, die früher in Fabriken beschäftigt waren und dort keine Arbeit mehr finden können, hält ununterbrochen an.

Die Berufsgruppe Kolnarbeiter wechselnder Art wies mit einer Zunahme von 1139 Arbeitsuchenden die ungünstigste Entwicklung auf, obwohl gerade auch aus ihr zahlreiche Arbeitsuchende zu den zusätzlichen Arbeiten der Deutschen Reichsbahngesellschaft vermittelt werden konnten.

In den Angestelltenberufen ist die Zahl der weiblichen Arbeitsuchenden dadurch zurückgegangen, daß in Korbheim 150 Verkäuferinnen durch die Neueröffnung eines Warenhauses und durch die Erweiterung eines anderen Warenhauses eingestellt wurden. Im übrigen ist aber die Lage in den Angestelltenberufen nach wie vor ungünstig.

## Konsularische Vertretung der Republik El Salvador

Der zum Generalkonsul von El Salvador in Hamburg ernannte Dr. Frederico Indice ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

## Badischer Teil

### Badischer Landtag

(54. Sitzung)

D3. Karlsruhe, 8. September.

Im Fortgang der Beratungen am Dienstagvormittag führt Abg. Reinhold (SoDem.) aus, die Regierungserklärung zeige die Verbundenheit von Reich, Ländern und Gemeinden. Die deutsche Not sei mit ein Teilergebnis der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Das deutsche Volk müsse von den unheimlichen, jeder Vernunft widersprechenden Kriegslasten befreit werden. Das sei Allgemeininteresse aller Parteien. Den Weg der Katastrophopolitik von rechts und links lehnen wir ab. (Lebhafte Zwischenrufe der Kommunisten und der Nationalsozialisten. Große Unruhe im Hause.) In der innerdeutschen Politik, so fährt der Redner fort, stehen wir im schärfsten Gegensatz zur jetzigen Reichspolitik. (Er wird bei den diesbezüglichen Ausführungen von den Kommunisten und Nationalsozialisten wiederholt durch heftige Zwischenrufe unterbrochen, so daß Präsident Duffner mit schärfster Anwendung der Geschäftsordnung droht.)

Die Notverordnung der badischen Regierung sei die ganz selbstverständliche Folgeerscheinung der Reichspolitik. Die Sozialdemokraten sind der Auffassung, daß in Baden von der erteilten Diktatorvollmacht der Reichsregierung kein Gebrauch in größerem Umfang gemacht werden soll. Es scheinen die Möglichkeiten gegeben, auch in beschließender Form die notwendigen Maßnahmen für Baden zu treffen, ohne daß die völlige Ausschaltung des Landtages erfolgt. Den Beamten, die in so starke Erregung durch die Notverordnung geraten seien, müsse eines klar sein: Ein Zusammenbruch des Staatshaushalts hätte zur Folge, daß den Beamten überhaupt kein Gehalt mehr bezahlt werden könnte.

Der Redner fährt fort, daß eine weitere Ausgleichung der Kräfte bezüglich der außerplanmäßigen Beamten Platz greifen müsse, wenn die Notzeit überstanden sei. Viel schwerer als die Reduzierung der Beamtengehälter falle den Sozialdemokraten die Zustimmung zur Erhebung eines Schulbeitrages von den Gemeinden. Die Gemeinden seien schließlich der Faktor, der am schwersten durch die ungeheure Krise zu leiden habe. Unerlässlich sei, daß ein möglichst gutes Verhältnis zwischen den Gemeinden und der badischen Regierung wieder hergestellt wird. Die Fraktion fordert größtmögliche Hilfe für die Gemeinden auch auf dem Wege der Einwirkung auf die Reichsregierung.

Im Zusammenhang mit der regierungsseitig abgelehnten Subventionspolitik greift der Redner scharf die russische Wirtschaftspolitik an, die zu einem Lohnbruch für die Arbeiterchaft der Welt führe. (Die Kommunisten protestieren heftig. Die

Abgeordneten Leichter, Maussmann und Bod erhalten Ordnungsrufe.)

Zur Frage des Schulwesens erklärt der Redner, daß es wirklich finanziell nicht tragbar für das badische Volk sei, drei Hochschulen aus eigenen Mitteln aufrechtzuerhalten. Wir wünschen den Bemühungen der Regierung um die Heidelberger Universität vollen Erfolg. Was aber dann, wenn das Reich eine Mithilfe auf diesem Gebiete verweigert? Dann wird nichts anderes übrig bleiben, als durch andere Maßnahmen die großen Ausgaben für die Universtität auf ein erträgliches Maß zu senken.

Der Redner kommt schließlich zur Regierungserweiterung zu sprechen und bedauert das Fernbleiben der Demokraten.

Abg. Dr. Waldeck (D. Sp.) ist der Meinung, daß heute Parlamentsreden alten Stils von der Bevölkerung mit einer erheblichen Skepsis aufgenommen würden.

Man müsse mit nüchternem Verstand Stellung nehmen, und dürfe sich nicht bei Dingen aufhalten, die im Augenblick überholt sind. Aus dem Eintritt in die Regierung wolle die Deutsche Volkspartei keinen parteipolitischen Nutzen ziehen. Auch war es nicht Ehrgeiz einzelner Mitglieder, der dazu trieb. Entscheidend war die Not der Zeit. Mit dem Eintritt in die Koalitionsregierung gebe die Partei nichts auf von ihrer weltanschaulichen Grundeinstellung. Insbesondere bleibe die scharfe Trennung zur Sozialdemokratie bestehen.

Die Regierungserklärung findet der Redner außerordentlich weislich. Das langwierige System des Parlamentarismus habe nicht standgehalten der unvorhergesehenen wirtschaftlichen Entwicklung. Das Parlament müsse sich Selbstbeschränkung auferlegen. Badens Zentralverwaltung und Schulwesen hält der Redner für außerordentlich kompliziert. Im Vergleich mit Württemberg gebe man zu weit. Daß die badische Regierung eine 550 Jahre alte Bildungstätte, wie die Heidelberger Universtität, schließen würde, sei undenkbar. Was das Notgesetz anlangt, so sollten Land und Städte sich berathen. Der Überformalismus dürfe nicht entscheidend sein. Man habe zu wenig das Gemeinsame im Auge. Daß man die Gehälter kürzen müßte, sei eine bedauerliche Erscheinung. Wir wünschen, daß die Befristung eingehalten wird. Zur Stellung der Beamten im Staate bemerkt der Redner, daß der Beamte den Staat achtete müsse. Zum Spargutachten bemerkt Abg. Dr. Waldeck, daß er bezüglich der Gemeinden nicht mit voller Klarheit in die Dinge hineinzusehen vermöchte. Bei aller Anerkennung der fleißigen Arbeit des Gutachters müsse man doch sagen, daß sein Standpunkt gegenüber den Hochschulen ein primitiver ist.

Der Redner schließt: Wir leben in der Diktatur der Not, so daß jetzt nicht viel zu ändern ist. Nur mit nüchternem Skepsis werden wir die Dinge meistern. Wir wollen den Glauben an das deutsche Vaterland nicht verlieren.

Abg. Köhler (Nat.-Soz.) sieht in der Regierungserklärung den Ausdruck des zusammengebrochenen Systems. Die deutsche Außenpolitik habe sich als falsch erwiesen, der Liberalismus sei am Absterben. Bei den Verhandlungen über die Regierungserweiterung habe sich das Zentrum als der kluge Teil gezeigt. Zum Notgesetz führt der Redner aus, der Staat sei in der Sorge um seine Existenz berechtigt, die Bezüge seiner Diener zu kürzen. Nur müßten die gebrachten Opfer einen Sinn haben. Abg. Köhler will Verstaatlichung der Banken und Befestigung der Goldwährung.

Gegen 1 Uhr wird die Sitzung abgebrochen. — Fortsetzung der Aussprache, nachm. 3/4 Uhr.

(55. Sitzung)

D3. Karlsruhe, 8. September

In der Nachmittagsitzung ergreift zunächst Finanzminister Dr. Mattes das Wort, um in längerer Rede die Notwendigkeit des Notgesetzes

zu begründen. (Die Ausführungen des Ministers veröffentlichen wir an anderer Stelle dieses Blattes.) Die Darlegungen des Finanzministers werden von den Regierungsparteien mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Für die Demokraten spricht sodann der Abg. Hoffmann, er erklärt zur Regierungsbildung, seine Partei habe sich in loyaler Opposition befunden und die Freundschaft der früheren Zweiparteienkoalition nicht stören wollen. In dem Scheitern der Regierungsverhandlungen von 1929 trügen die Demokraten keine Schuld. Unsere Absicht war, das liberale Bürgertum auf breiter Basis zusammenzufassen, damit es sich auch parlamentarisch durchsetze. Es war überraschend für uns, als wir eines Tages erfahren mußten, daß Dr. Mattes ein sehr starkes Drängen nach dem Eintritt in die Regierung zeigte. Wir lehnen jede Verantwortung für den Ausgang der letzten Regierungsbildung ab, an der wir zu keinem Zeitpunkt ein Interesse hatten. Herr Freudenberg habe als Einzelner ohne Auftrag gehandelt. Die Auffassung des Parteiführers Dietrich bedeute sich mit der Meinung (des Redners). Die Erweiterung der Regierung habe noch nicht die Homogenität der inneren gemeinsamen Überzeugung bewiesen. Zum Notgesetz führt Redner aus: Wenn es mit den Gehaltskürzungen so weitergehe, so drängt sich die Frage auf, wann, wie und wo sie ihr Ende erreichen. Es handle sich hier um eine weitgehende volkswirtschaftliche Angelegenheit. In der Zeit der Not müßten die untersten Schichten das Gefühl haben, daß auch die oberen Opfer bringen. Es müsse eine generelle Senkung der Lebenshaltungskosten durchgeführt werden. Der Redner verbreitet sich dann über finanz- und kreditpolitische Fragen. Es müsse geklärt werden, nicht um den Wirtschaftapparat auszuweiten, sondern um Menschen in Arbeit zu bringen. Eine Subventionspolitik sei abzulehnen. Aus allem, was heute gesagt wurde, müßten wir die betrübliche Gewißheit entnehmen, daß wir einen fortgesetzten qualenden Kampf um unser Land führen. Die Verhältnisse drängten zum Einheitsstaat.

Der Redner nimmt dann zum Notgesetz kritisch Stellung. Er ist gegen die Sonderregelung in Baden, besonders, soweit sie den 5prozentigen Gehaltsabzug betrifft. Komme vom Reich eine erneute Kürzung, so wäre die badische im Interesse der Gleichheit hineinzurechnen. Kraft sei die Behandlung der außerplanmäßigen Beamten.

Den Gemeinden hätte man mehr entgegenkommen sollen. Man dürfe ihnen die Klage beim Staatsgerichtshof nicht zum Vorwurf machen. Bedauerlich sei die Einführung des Schulbeitrages. Gemeinde und Staat hätten gemeinsam die schweren Aufgaben zu meistern. Möge das Finanzverhältnis zwischen beiden wieder hergestellt werden.

Abg. von Au (Wirtschaftspt.) vermischt in der Regierungserklärung eine Mitteilung über die Ursachen der Regierungsumbildung. Das badische Notgesetz habe wie eine Bombe eingeschlagen. Er, der Redner, klammere sich in diesen schweren Zeiten nicht an Formalitäten. Im ganzen betrachtet, scheint im gegenwärtigen Augenblick für ein, um die finanziellen Verhältnisse bei uns in Ordnung zu bringen. Im Landtag wäre das Notgesetz sicher nicht in der heutigen Form zustande gekommen. Parlamente seien nicht in der Lage, rasch zu handeln. Obgleich der Redner große Bedenken gegen einzelne Bestimmungen hat, kommt er aus rein praktischen Erwägungen dazu, der Notverordnung persönlich zuzustimmen.

Überproduktion von minderwertigem ein sicherer Instinkt dazu, das Gute herauszufinden.

Gleichwohl gibt der Verlauf der letzten Spielzeit, auch wenn wir einige Schäden aufdecken zu müssen vermöchten, begründeten Anlaß, vorläufig wenigstens allerlei Krisenpannen zu verschonen und dem Beginn der neuen Spielzeit mit einem Vertrauen entgegenzusehen. Denn die Ankündigungen sind zwar mehr vorsichtig als vielversprechend, aber sofern die bisher verzeichneten Werte aus dem Gebiet der Oper, der Operette, des Balletts und des Singspiels alle in liebevoller Einstudierung herauskommen, dann wird das Publikum sein Theater bestimmt nicht im Stich lassen. Nachdrücklich wiederholen wir jedoch, daß wir den festen Glauben nur an ein gutes Theater und an eine vorbildlich geführte Oper haben und der Überzeugung sind, nur dies vermöchte uns aus der lähmenden Defizitnot und vor völligem Verfall retten. Deshalb laßt uns hoffen, daß ein Erfolg sich einstelle, und zugleich unentwegt arbeiten, auf daß er schließlich nicht in Plinissimo-Effette zerflattere. Und nun kann das Spiel beginnen! G. Sch.

Der Meinung ist der Abg. von Ku nicht, daß die Reparationen allein die Ursache unseres Elendes sind. Sondern kommt die falsche Verwendung des Geldes, wodurch wir in eine Schuldenwirtschaft gerieten. Das Anrecht der erhöhten Gebäude-sondersteuer sollte endlich beseitigt werden.

Abg. Dr. Schmittknecht (D.Nat.) ist der Auffassung, daß der Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung nichts bedeute. Die Regierungserklärung sei eine Enttäuschung für die, die vom Eintritt der Volkspartei eine Befreiung von den „roten Ketten“ und eine Drehung des Rades erwarteten. Die Deutsche Volkspartei habe sich stumm vor dem herrschenden System gebeugt. Sie (zur Volkspartei gewendet) haben nicht mitzutragen, abzuändern sind Sie da! (Stürmische Zurufe.) Bleiben Sie uns mit der reinen Vernunft vom Leibe. Nicht Skepsis, sondern Glaube, Leidenschaft und Begeisterung werden uns vorwärts bringen. Es ist nicht wahr, daß die Welt-krise alles verschuldet. Es kommt nur darauf an, wie man auf die Weltkrise reagiert. Das Primäre ist heute die Nationalwirtschaft. Nur die Lösung von der Sozialdemokratie könne die Wendung bringen. Die Regierungserklärung sei matt, ohne inneren Glauben gewesen. Nicht mittragen, sondern umkehren müsse es heißen. Die vierte Ministerstelle sei eine psychologische Torheit. Dem Volksgesetz vom 9. Juli könnten die Deutschnationalen nicht zustimmen. Die Finanzpolitik sei an der mangelnden Voraussicht zusammengebrochen. (Lebhafte Zwischenrufe. — Große Unruhe im Hause.) Die Deutschnationalen hätten im Reich und im Land gewarnt. Sie müßten der Demokratie das Recht bestreiten, mit dem Mittel der Notverordnung zu regieren.

Finanzminister Dr. Watten gibt die Erklärung ab, daß die Regierung zur Zeit nicht in der Lage sei, irgendwelche Änderungen am Volksgesetz vorzunehmen.

Um halb 8 Uhr wird die Fortsetzung der Aussprache auf Mittwochvormittag 9 Uhr vertagt.

(56. Sitzung)

D.3. Karlsruhe, 9. September.

Präsident Duffner eröffnet nach 9 Uhr die Sitzung.

Die allgemeine Aussprache

wird fortgesetzt und es spricht zunächst der Kommunist Abg. Lehleiter. Er bezeichnet die Regierungserklärung als „Beweis für die Gift- und Kollisionsfähigkeit des Kapitalismus“. Die Sozialdemokratie suche das kapitalistische System zu decken, das völlig verfaßt habe. Das Volksgesetz werde von den Kommunisten aufs schärfste bekämpft. Der Redner macht dann längere Ausführungen über die Ruffenaufrage, öfters unterbrochen durch Zurufe von sozialdemokratischer Seite, worauf die Kommunisten heftig erwidern. Als der Abg. Arnold (Soz.) dem Abg. Klausmann (Komm.) „Streitbrecher“ zuruft, kommt es bei den Kommunisten zu einem Entrüstungsturm. Abg. Klausmann bezeichnet den Abg. Arnold als „Salunken“ und „elenden Verleumder“. Beide Abgeordneten erhalten Ordnungsrufe.

Der Redner fährt fort, das Spargulachten werde nur neue Waffen für die dreien Massen bringen. Er setzt die Hoffnung auf die „proletarische Revolution“.

Vizepräsident Dr. Watten teilt mit, daß noch acht Redner gemeldet seien.

Es folgt zunächst der Bericht des Abg. Dr. Fähr über die Gefühle der Gemeindevorstände und -angestellten, der höheren Beamten und des Rath. Lehrervereins. Er beantragt, diese Eingaben als durch die Beschlüsse zum Volksgesetz erledigt zu erklären.

In der Rednerreihe nimmt Abg. Berggöy vom Evang. Volksdienst das Wort. Er sagt, viele Volksgenossen seien sich noch nicht bewußt, daß es um Leben und Sterben des deutschen Volkes geht. Unser Schicksal hänge davon ab, mit welchem Ernst dieser Existenzkampf geführt wird. Das Vaterland müsse über der Partei stehen. Statt Einigkeit sehen wir aber nichts als Parteilichkeit. Man könne der Regierung den Vorwurf nicht erheben, daß sie sich der Illusion hingeeben hat, durch zu viel Rücksichtnahme auf das Ausland Deutschland helfen zu können. Der Redner fordert zur Bekämpfung der

Arbeitslosigkeit eine großzügige Binnensiedlung, ferner wünscht er eine durchgreifende Befolungsreform, die die unieren Gruppen schon und die höheren schärfer erfährt. Er kündigt eine Reihe von Vorschlägen zum Spargulachten an und erklärt, trotz mancher Bedenken die Zustimmung zum Volksgesetz. Die Lebensmittelpreise müßten weiter gesenkt werden. Der Hebel sei beim Zwischenhandel einzusetzen. Der Redner beklagt die Verwilderung der Sitten und die mangelnde Religiosität. (Fortsetzung folgt.)

Ein deutscher Professor im Elßak verhaftet. Der Professor der Geologie, Schmidlin, von der Universität Münster, ist in Niederhagen im Elßak verhaftet worden. Schmidlin war aus der Schweiz gekommen um seinen Bruder, der in Niederhagen als Priester ist, zu besuchen. Er wurde über Wülshausen nach Colmar transportiert. Schmidlin, der 1876 in Landau geboren ist und seit längerer Zeit in Weßfaler wohnt, war in der Autonomistenprozedur verwickelt und wurde am 12. Juni 1928 in Abwesenheit zu zehn Jahren Gefängnis und 20 Jahren Aufenthaltsverbot verurteilt.

Getreide für Deutschland. Nach Zeitungsmeldungen aus Washington soll der stellvertretende Vorsitzende des Farm Board erklärt haben, das Farm Board würde 500 000 Tonnen Winterweizen für dreijährigen Kredit zu 60 Prozent über dem augenblicklichen Marktpreis an Deutschland verkaufen.

In Pasing bei München wurden eine Frau Dr. Dehn mit ihren beiden Söhnen und das Dienstmädchen in ihrer Wohnung durch Gas vergiftet tot aufgefunden. Drückende Kollage und zerrüttete Familienverhältnisse dürften der Grund zur Tat sein.

Ein gewaltiger Waldbrand vor den Toren Athens greift weiter um sich. Der Brandherd hat ein Gebiet von 20 Kilometer Länge und 6 Kilometer Breite erfaßt. Das Feuer schreitet in verschiedenen Richtungen vorwärts. Man befürchtet sein Übersteigen auf den Berg von Mithissia, in dem sich zahlreiche Villen befinden. Die Häuser der gefährdeten Zone müssen geräumt werden.

Das Unterseeboot „Nautilus“ ist nach seiner Polarfahrt unter dem Eis wieder in Long Year City eingetroffen.

### Aus der Landeshauptstadt

Senatspräsident a. D. Gut 70 Jahre. Am Dienstag vollendete Senatspräsident a. D. Friedrich Gut, sein 70. Lebensjahr. Die fast übergroße Zahl von Amtern, die er auch heute noch als Mitglied des Gesamtsitzungsrates der katholischen Gemeinde, wie des Stiftungsrates von St. Stephan, des Zentralausschusses des Deutschen Caritasverbandes, des Bundesauschusses des Bühnenvolksbundes in Berlin und dessen stellvertretender Vorsitzender in Baden, als Reichsbevollmächtigter der Eheratungstelle des katholischen Frauenbundes Karlsruhe, sowie noch als Mitglied zahlreicher Organisationen betreut, beweist, daß er den Rufstand, in dem er seit Ende 1928 lebt, nicht fern von Geschäften verleiht, sondern sich überall hilfsbereit betätigt.

Der Tod des Nationalsozialisten Bilet vor Gericht. An zweiter Verhandlungstage wurde in der Beweisaufnahme fortgeführt. Ein nationalsozialistischer Zeuge hat bei dem Kumult auf der Kaiserstraße den Angeklagten Schmalbach zugeschlagen. Ein anderer Zeuge hat Schmalbach auf Bilet eingeschlagen. Selbst als Bilet stürzte, sei noch auf ihn eingeschlagen worden. Nach der Angabe eines anderen Zeugen ist von einem 13jährigen jungen Mann aus Durlach, dessen Namen sich nicht feststellen läßt, auf Bilet eingeschlagen worden. Ein Polizeibeamter hat gesehen, daß Haas und Schmalbach bei der Schlägerei mitgewirkt haben, Dieb und Schmalbach hat dieser Zeuge ebenfalls gesehen. Abweichend von allen anderen Zeugenaussagen, erklärt ein Zeuge, Bilet habe zwischen Adler- und Kreuzstraße überhaupt keinen Schlag bekommen. Eine Entlastungszeugin gibt an, Schmalbach wäre ständig in ihrer Nähe gewesen und hätte mit dem ganzen Vorfall nichts zu tun. Am Mittwochabend dürfte das Urteil gesprochen werden. Gegen Haas und Kinder lautet der Strafantrag unter

Verjagung miteinander Umstände auf je sechs, gegen Schmalbach und Götze auf je vier Jahre Zuchthaus, gegen Dieb auf ein Jahr Gefängnis. Es folgten dann die Plaidoyers der Verteidiger.

Badisches Landestheater. Vom Landestheater wird uns geschrieben: Mehr als je ist in diesen Tagen das Badische Landestheater und sein Schicksal in den Kreis der öffentlichen Erörterungen gezogen worden. Jedem Mitbürger wird klar geworden sein, daß in dieser Notzeit nur äußerste Anstrengung aller eine Hilfe für die Erhaltung unseres wertvollen Kunstinstituts bedeuten kann. Das Kunstpersonal hat diese Anstrengungen schon gemacht durch Verzicht auf große Teile seiner Bezüge; es wird sie weiter machen durch Höchstmögliche künstlerische Leistungen und durch eindrucksvolle Werbung. An dem Publikum ist es jetzt, durch verständnisvolles und liebevolles Mitgehen, durch eifrigen Besuch des Theaters zu stützen. Für das Publikum ist das Theater da! Nur wenn es ihm wahres Bedürfnis ist, kann das Theater erhalten werden. In dem am heutigen Mittwoch, den 9. September, zur Eröffnung der neuer Spielzeit in Szene gehenden neuinszenierten Schauspiel „Götze von Berkingen“ von Götze, wird Paul Rudolf Schulze die Fikelfrolle spielen. Von den neu engagierten Mitgliedern stellen sich Dorothee Ehrhart als Fiebel von Balbord und Joachim Ernst als Franz von Neu in ihren Aufgaben sind sodann die Damen Vertram, Ermarch und Seeling, sowie die Herren Brand, Dahlen, Gemmede, Giel, Gertz, Höder, Gospach, Kloeble, Luthar, Müller, Rehner, Krüger, v. d. Trend u. a. Die Spielleitung hat Felix Baumbach. Für die Bühnenbilder sorgt Fortien Hecht, für die kostümliche Ausstattung Margarete Schellenberg.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe von heute morgen: Durch kräftige Einstrahlung im Laufe des gestrigen Tages erreichten die Höchsttemperaturen in den niederen Lagen einheitlich 16 Grad. Die Lufttemperaturen sanken auf 3 bis 5 Grad, während es auf der Bar wieder um zu nachtligen Fröhen kam. Der hohe Druck ist heute morgen etwas zurückgebrängt worden, da im Nordosten eine Rückseitenfront der finnischen Zyklone, im Südwesten das spanische Tief ihn abzubauen versuchen. Vorerst wird jedoch der hohe Druck noch weiter unsere Bitterung bestimmen. Voraussage: Im wesentlichen Fortdauer der bestehenden Witterung.

Wasserstände: Badshut 368 minus 8, Bafel 157 minus 11, Schusterinsel 253 minus 17, Rehl 410 minus 20, Maxau 616 plus 1, Mannheim 620 plus 17, Gaub über 200 Zentimeter.

### Handel und Wirtschaft

#### Devisennotierungen der Reichsbank (Amstlich)

	9. September		7. September	
	Geld	Wert	Geld	Wert
Amsterdam 100 G.	169.66	170.00	—	—
Kopenhagen 100 Kr.	112.51	112.73	112.54	112.74
Italien .. 100 L.	—	—	—	—
London .. 1 Pf.	—	—	20.455	20.495
New-York .. 1 D.	—	—	—	—
Paris .. 100 Fr.	—	—	—	—
Schweiz .. 100 Fr.	82.05	82.21	—	—
Wien 100 Schilling	59.17	59.29	59.14	59.26
Prag .. 100 Kr.	124.68	124.88	—	—

Die Jeller Gemeinnützigen Anstalten in Konkurs. Die Verhandlungen, die von Kirchengrat Secht gegründeten Gemeinnützigen Anstalten vor wirtschaftlichem Zusammenbruch zu bewahren, sind leider erfolglos geblieben. Da die Unterhaltungen und Beihilfen für das protestantische Liebeswerk stark zurückgegangen sind, die Verpflichtungen aber nicht geringer wurden, so hat sich die Verwaltung gezwungen gesehen, beim Amtsgericht Schönau den Konkurs anzumelden.

## Badisches Verfassungsrecht mit Erläuterungen

herausgegeben von Dr. Dr. Karl Glöckner

XII, 420 Seiten. Preis jetzt 12,— RM.

Den Behörden und Bibliotheken ist diese Neubearbeitung ebenso zu empfehlen wie den politisch und staatsrechtlich Interessierten.

Ein bad. Beamter schreibt in der Deutschen Juristenzeitung:

Die badische Verfassung lag nach dem Umsturz als erste eines größeren deutschen Landes schon am 25. März 1919 vor. Zeitumstände und Beschleunigung der Fertigstellung, besonders aber die Unmöglichkeit der Berücksichtigung der zeitlich nachfolgenden Reichsverfassung haben Zweifel gezeitigt, die eine Erläuterung erfordern. Verfasser, als Ministerialbeamter und Verwaltungsrichter, Kommentator und Parlamentarier allseitig legitimiert, hat sich dieser Aufgabe in musterwürdiger Weise unterzogen. Die historisch und juristisch relevanten Tatsachen sind vollständig und unbedingt zuverlässig wiedergegeben. Daneben sind die dem Bad. Verfassungsrecht anhaftenden Eigenheiten (Verflechtung der Gewaltentrennung, schwache Stellung der Regierung gegenüber dem Landtag, Schwierigkeit der Verfassungsänderung) eingehend erörtert. Für die Praxis besonders wertvoll ist die erschöpfende Untersuchung der Einwirkung der Reichsverfassung auf die einzelnen Bestimmungen der bad. Verfassung. Die Aufgabe des Textes zahlreicher einschlägiger Gesetze — beim Landtagswahlgesetz mit ausführlicher Kommentierung — ergänzen glücklich das willkommene, im Gebrauch bewährte Werk. 8.6

Verlag G. Braun, Karlsruhe

### Bekanntmachung.

Infolge Stellenwechsels ist der I. Kammerbezirk Karlsruhe-Land neu zu ziehen. Der Bezirk umfaßt bisher die Gemeinden Wankeloch, Gagenstein, Lintenheim, Hachstetten, Niedolsheim, Rühlheim, Spöck, Staufort, Friedrichstal und Graben. Dienftitz ist Graben. Bewerbungen sind innerhalb 4 Wochen vom Erscheinen dieser Bekanntmachung ab schriftlich beim Bezirksamt Karlsruhe einzureichen; sie müssen die in §§ 6 und 7 der Kammerordnung vom 29. November 1921 bezeichneten Angaben und Nachweise enthalten. R. 620 Karlsruhe, den 28. August 1931. D.-3. 52

Bad. Bezirksamt Abteilung IV.

## DIE BEILAGEN DER KARLSRUHER ZEITUNG BADISCHER STAATSANZEIGER

Zentralhandelsregister für Baden  
Badischer Zentralanzeiger für Beamte  
Wissenschaft und Bildung  
Badische Kultur und Geschichte  
Badische Wohlfahrtsblätter  
Amtliche Berichte des Bad. Landtags

**machen sie zu einem vielbeachteten Insertionsorgan**

### Inserieren auch Sie

Sie werden bestimmt zufrieden sein

B.156. Karlsruhe. über das Vermögen der Firma J. Dorer Kaufh., Inhaber J. Dohm, Buch- und Kunsthandlung in Karlsruhe, Erbprinzenstr. 19, wurde heute vormittag 11 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Buchrevisor Otto Marx, Karlsruhe, Bad. Handelshof, Konkursforderungen sind bis zum 23. September 1931 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschlingung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am Freitag, den 2. Oktober 1931, nachmittags 4 Uhr und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am Freitag, den 9. Oktober 1931, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Adamiestrasse Nr. 4, III. Etod, Zimmer 234. Wer Gegenstände der Konkurs-

## Söhreer durch die Krüppelfürsorge

herausgegeben von Prof. Dr. Ritter von Bacher und Helene Kunft im Einverständnis mit dem Bad. Ministerium des Innern. IV, 40 Seiten mit 31 Zeichnungen

Preis 90 Rf

Aus dem Inhalt: Die medizinische Seite der Krüppelfürsorge. Die wichtigsten Krüppelleiden und ihre Bekämpfung. Erziehung krüppelhafter Kinder. Berufsausbildung.

Die soziale Seite der Krüppelfürsorge. Die gesetzlichen Bestimmungen. Die Krüppelfürsorge im Rahmen der Reichsbestimmungen. Die Krüppelfürsorge im Rahmen der badischen Landesbestimmungen. Die Mittelbeschaffung. Gerichtliche Entscheidungen. Verzeichnis der Fürsorgestellen. 31 Zeichnungen. 8.7

Das dünne Heftchen ist als Ratgeber für Bezirksfürsorgeverbände und Bürgermeisterämter, Ärzte, Geistliche und Lehrer, Fürsorgerinnen, Gemeindefürsorge und Hebammen, aber auch allen in der freien Wohlfahrtspflege Tätigen gedacht und ist als solcher sehr zu empfehlen.

Soziale Arbeit.

Verlag G. Braun, Karlsruhe

### Badisches Landestheater

Donnerstag, 10. Sept. 1931

\* D 1 (Donnerstagmiete) H.-Gem. I. S.-St. Neu einstudiert:

#### Die Entführung aus dem Serail

Komische Oper von Mozart

Dirigent: Schwarz

Regie: Pruscha

Mitwirkende: Klant, Gieselssoth, Kiefer, Nantwig, Brüder, Schuster, Kleinbusch

Anfang 20 Ende geg. 22%, Preise C (0,90—4,90 RM)

Fr. 11. 9. Schwengels. So. 12. 9. Undine. So. 13. 9. Salome. Im Konzerthaus: Ständchen bei Nacht.

Druck G. Braun, Karlsruhe.